

# Tageszeitungen



ISTOCK

## Eine Branche im Wandel

Die Tarifverhandlungen für Zeitungsjournalisten gehen in die nächste Runde. Print profitiert nicht von der guten Konjunktur

Von Petra Sorge

Es waren rund Zehntausend, die sich Mitte April auf dem Schlossplatz Hannover mit Fahnen und Trillerpfeifen versammelten. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes hatten zum Streik aufgerufen. Doch auf der Bühne sprach Peter Freitag, Vize der Deutschen Journalisten Union (DJU) in Verdi, über eine andere, kleinere Berufsgruppe: die rund 13000 Journalistinnen und Journalisten in den Redaktionen der Tageszeitungen. Auch sie seien gerade in einer Tarifauseinandersetzung.

„Aus den Zeitungen erfährt Ihr von unserem Arbeitskampf allerdings nur selten etwas“, rief Freitag ins Mikro. „Denn die Manager

in unseren Zeitungsverlagen wollen vermeiden, dass die Verhältnisse in ihren Häusern öffentlich diskutiert werden.“

### Warnstreiks bei mehr als 60 Blättern

Während sich die Parteien im öffentlichen Dienst nach drei Tarifrunden recht schnell geeinigt haben, ziehen sich die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften DJU und Deutscher Journalisten Verband (DJV) sowie dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) bereits seit Januar hin. Am 25. April steht in Berlin die fünfte Tarifrunde an.

Nach DJU-Angaben gab es in den vergangenen Wochen bei mehr als 60 Tageszeitungen Warnstreiks – von der „Ostsee-Zeitung“ bis zum „Schwarzwälder Boten“. Die Gewerkschaften kritisieren, dass es für die Redakteure seit dem Jahr 2000 keinen Einkommenszuwachs oberhalb der Inflationsrate mehr gegeben habe. Sie fordern nun 4,5 Prozent mehr Gehalt bei zwölf Monaten Laufzeit, mindestens aber 200 Euro mehr im Monat für Berufseinsteiger. Die Arbeitgeber bieten je 1,3 Prozent für zwei Jahre. Sie verweisen auf sinkende Werbe- und Vertriebs-einnahmen.

Der Verhandlungsführer des BDZV, Georg Wallraf, sagt: „Wir

befinden uns inmitten eines Transformationsprozesses, der erhebliche Investitionen in digitale Technik erfordert. Da gibt es kaum finanzielle Spielräume.“ Viele Verlage hätten sich bereits aus dem Tarifvertrag verabschiedet, weil sie ihn für zu unflexibel halten. Der BDZV schlägt daher eine Öffnungsklausel für Gehaltsumwandlungen vor. „Damit soll auf Unternehmensebene den Wünschen von Mitarbeitern entsprochen werden können, statt Geld andere materielle Leistungen zu gewähren“, sagt Wallraf und nennt als Beispiel E-Bikes. Die Verleger fordern auch, dass eine Höherstufung nicht nur automatisch nach Berufsjahren erfolgt, sondern auch von Leistung und Qualifizierungsmaßnahmen abhängig gemacht werden kann.

Der Vorsitzende der DJU-Tarifkommission, Klaus Schrage, zugleich Betriebsrat im Verlag Nürnberger Presse, wirft den Verlegern „Geschichtsvergessenheit“ vor. „Wir haben diese Berufsjahresstaffelung ja deshalb, weil die Einstiegsgehälter für Jungredakteure so niedrig sind.“

### Die Zahl der angestellten Redakteure geht zurück

Einfache Redakteure an tarifgebundenen Tageszeitungsverlagen erhalten zwischen 3004 und 4793 Euro zuzüglich Urlaubs- und Jahresendgeld. Kollegen, die 1997 zwanzig Dienstjahre gearbeitet hatten, können dank einer Bestandsklausel noch mit bis zu 5272 Euro rechnen.

Doch die Zahl der angestellten Redakteure an Tageszeitungen ist rückläufig: laut dem Versorgungswerk der Presse sind es heute rund 2000 weniger als zur Jahrtausendwende.

Klaus Schrage fürchtet, dass es zulasten von Recherche und Qualität gehe, wenn immer weniger Leute immer mehr Inhalte produzieren müssen. In Nürnberg seien die Online-Journalisten, darunter viele junge Leute, zudem in einer tariflosen Gesellschaft beschäftigt. „Sie sind schlechter bezahlt, haben längere Arbeitszeiten, sehr geringe Zuschläge und kommen so etwa auf das Gehalt eines tarifgebundenen Büroboten“, sagt Schrage. Deshalb sei es auch zu Wechseln in die PR gekommen. „Dieser Brain-drain ist ein riesengroßes Drama.“

Die Justiziarin des Verlages Nürnberger Presse, Sabine Schnell-Pleyer, bezeichnete die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat der Gesellschaft der Online-Journalisten indes als „herausragend“. „Wir haben nahezu alle freiwilligen Regelungen und Sozialleistungen aus den Tarifen übernommen.“

Seit 2000 schrumpfte die verkaufte Auflage der gedruckten Tageszeitungen nach BDZV-Angaben

um knapp 40 Prozent: von 23,9 Millionen auf 14,7 Millionen Exemplare. Seit dem Jahr der Dotcom-Blase schrumpften auch die Anzeigenumsätze der Zeitungen von 6,9 auf 2,7 Milliarden Euro 2016. Und das, obwohl der Werbemarkt angesichts der guten Konjunkturlage in Deutschland im vergangenen Jahr leicht wuchs, wie das Forschungsinstitut Nielsen angibt. Alle Mediengattungen haben davon profitiert – bis auf Print.

Auch im Netz gelingt es vielen Verlagen noch nicht, ihr Geschäft zu refinanzieren. Der BDZV macht dafür Plattformen wie Google und Facebook verantwortlich. „Die enormen Gewinne dieser Unternehmen werden zulasten der europäischen Medien erzielt“, heißt es in einem Positionspapier.

DJU-Verhandlungsführer Matthias Fintel hält die Klagen der Verleger für übertrieben. Weil genaue Daten über Kosten, Umsätze, aber auch Gehälter und Honorare in den Verlagen nicht vorliegen, fordert er die Wiedereinführung einer Medienstatistik. Ein solches Gesetz zur Pressestatistik, das das Statistische Bundesamt zur regelmäßigen Erhebung beauftragte, gab es seit 1975, es wurde auf Drängen der Zeitungsverleger 1996 abgeschafft.

Der BDZV beklagt zudem, dass für digitale Presseangebote der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent fällig werde. Für gedruckte gelten nur 7 Prozent. Die medienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Elisabeth Motschmann, sagte, ihre Fraktion wolle den niedrigeren Steuersatz „auf EU-Ebene auch auf digitale Zeitungen ausdehnen“. Denn Presseverlage bräuchten „geeignete und faire Rahmenbedingungen“. Dazu zähle auch ein europäisches Leistungsschutzrecht.

Während sich der SPD-Medienpolitiker Martin Rabanus „neue Finanzierungsmodelle oder indirekte Fördermaßnahmen“ vorstellen kann, erwähnt die Grüne Tabea Rößner im Gespräch mit der FR auch gemeinnützig finanzierte Modelle wie etwa stiftungsfinanzierten Journalismus. Hier sei vor allem die Branche selbst gefragt. „Bisher hat sie sich dieser Diskussion verweigert, sich aber durch jahrzehntelange Gratisangebote im Online-Bereich immer tiefer in die Misere hineingeritten.“

Ein Punkt, den Anfang April auch die Rapper Toba & Pheel – bürgerlich Tobias Borke und Philip Scheibel – auf dem Stuttgarter Schlossplatz betonten. Mit Mischpult, Verstärker und E-Gitarre standen sie dort in der Fußgängerzone – und rappten den Redakteursstreik: „Alle wollen’s umsonst und alle wollen’s gut / Aber niemand will umsonst arbeiten.“ An diesem Dienstag tritt das Künstlerduo auf dem Max-Joseph-Platz in München auf.

### WAS GEFORDERT WIRD

**Die Tarifverhandlungen** für die rund 13 000 Tageszeitungsjournalisten sollen an diesem Mittwoch, dem 25. April, mit einer fünften Runde fortgesetzt werden - voraussichtlich in Berlin. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) sowie die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) in Verdi fordern 4,5 Prozent mehr Geld; für Berufseinsteiger verlangen sie mindestens 200 Euro mehr.

**Der Bundesverband** Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hatte in der dritten Verhandlungsrunde im März eine Gehaltserhöhung von 2,6 Prozent in zwei Schritten bei einer Laufzeit von 30 Monaten sowie eine Erhöhung der Einstiegsvergütungen für Redakteure von 120 Euro offeriert. DJV und Verdi lehnten das als unzureichend ab.

**Auch die vierte Runde** am 9. April blieb ohne Ergebnis. Die Verleger boten eine Laufzeit von 24 Monaten an, zudem sollte die geplante Erhöhung von Gehältern und Honoraren jeweils um drei Monate auf den 1. Mai 2018 und den 1. Mai 2019 vorgezogen werden. Verdi kritisierte, auf das Jahr gesehen führe dies nur zu 0,86 Prozent mehr Geld.

**Die Verhandlungen** waren von Warnstreiks begleitet worden. Bundesweit legten mehr als 1000 Tageszeitungsjournalisten die Arbeit nieder. FR/dpa

## „Wir müssen darüber reden, was uns der Journalismus wert ist“

Medienexperte Röper über die Konzentration der Presse, Gefahren für die Qualität und alternative Finanzierungsmodelle

**Herr Röper, alle zwei Jahre messen Sie die Konzentration auf dem deutschen Tageszeitungsmarkt. Zuletzt errechneten Sie, dass die zehn größten Verlagsgruppen einen Anteil von rund 60 Prozent an der gesamten Verkaufsauflage halten. Im Juni kommt die nächste Studie. Was lässt sich jetzt schon ablesen?**

Die Pressekonzentration nimmt weiter zu. Sie hat inzwischen Werte erreicht, die zu der Zeit, als das Kartellrecht geschaffen wurde, um Vielfalt im Medienmarkt zu sichern, bei weitem nicht gegeben waren.

**Der Deutsche Journalisten-Verband erklärte zuletzt, dass einem die Lage „Angst“ machen könne. Ihnen auch?**

Ja, denn bei hoher Konzentration bestimmen sehr wenige Verleger hochgradig, welche Inhalte transportiert werden. Für die Bürger bedeutet das weniger Vielfalt: Schon heute leben mehr als die Hälfte der Deutschen in Kommunen und Kreisen mit nur noch einer Tageszeitung. Verlage haben aber nicht nur eine enorme publizistische, sondern auch politische Macht. Zum Beispiel haben sie in den Koalitionsverhandlungen einen Passus durchgedrückt, wonach die öffentliche Hand einen Teil der Sozialabgaben für Zeitungszusteller übernehmen soll.

**Die Verleger weisen darauf hin, dass ihnen Google, Facebook & Co. die Werbeeinnahmen wegnehmen.**

Das stimmt. Früher stammten zwei Drittel der Einnahmen von Zeitungsverlagen aus der Werbung. Heute sind es vielleicht noch 40 Prozent. Im Online-Bereich erlösen die Verlage wegen der neuen Konkurrenten und den Angeboten anderer, darunter die der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, kaum Geld.

**Was ist die Folge?**

Dass die Verlage ihre zweite Einnahmequelle anpassen – die Vertriebslösungen. Preiserhöhungen wiederum führen dazu, dass weitere Abonnenten abbestellen. Die Verkaufsaufgabe ist seit Jahren rückläufig.

**Mehr als 200 Zeitungen haben im Netz eine Bezahlschranke eingeführt. Hilft das nicht?**

Bei der Preisgestaltung sind alle noch sehr vorsichtig. Den Verlagen geht es jetzt noch nicht um Kostendeckung, sondern darum, die Nutzer an ihre besten Angebote im Internet

zu gewöhnen. Sie wollen die Kostenlos-Mentalität durchbrechen.

**Sie halten es für einen Fehler, dass alles frei ins Netz gestellt wurde?**

Ja, man hat sich damals mit dieser Entscheidung das Geschäft verdorben. Aber hinterher ist man immer klüger.



**Horst Röper**, Medienforscher, verantwortet die maßgebliche Statistik zu Tageszeitungsredaktionen. IMAGO

**Die Verleger sagen, dass die Digitalisierung die Anforderungen in allen Berufen erhöht hat.**

Aber die Medienindustrie gehörte zu den ersten, die in erheblichem Maß betroffen war. Hier ist es zu Entwicklungen gekommen, die heute über die Tarifverträge – so sie denn überhaupt noch von den Verlagen eingehalten werden – nicht korrekt widerspiegelt werden.

**Hat der Journalismus seine gesellschaftliche Stellung verloren?**

Die Stellung sehe ich nicht so stark bedroht. Aber bei den jungen Leuten hat sich längst herumgesprochen, dass die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Branche schlicht schlechter geworden sind. Das spüren Journalistenschulen und Zeitungsverlage an den rückläufigen Bewerberzahlen. Eigentlich sind die jungen Leute ganz vernünftig. Ich habe schon vor einigen Jahren mal an der Uni gesagt, dass man sich hüten sollte, in diesen Beruf einzusteigen.

**Und dazu stehen Sie auch heute noch?**

Ja. Wer in den Journalismus will, der sollte sich tunlichst über Praktika in Lokalredaktionen anschauen, was man heute als Journalist alles leisten muss.

**Welche Lösungen sehen Sie für die Branche?**

Wir sind in der EU das einzige Land, das keine Presseförderung kennt. Das ist aus historischen Gründen nachvollziehbar, aber längst überkommen. Andere Regierungen sind viel stärker bemüht, Pressevielfalt zu erhalten. Was wir bräuchten, ist eine breite gesellschaftliche Debatte über die Frage: Was ist uns der Journalismus eigentlich wert?

INTERVIEW: PETRA SORGE